

Sylvia Rogge-Gau

## „Was aus diesen Menschen wird, von uns hängt es ab.“

### Jüdische Frauen in Selbsthilfeorganisationen 1933 bis 1939

#### 1. Einführung

Als Reaktion auf die antijüdische Politik des NS-Staats solidarisierten sich die jüdischen Frauenverbände in den 1930er Jahren über alle ideologischen Schranken hinweg zu einer „Einheitsfront der jüdischen Frauen“<sup>1</sup>, der orthodoxe genauso wie liberale, zionistische oder freie Frauengruppen angehörten. Eine dominierende Rolle spielte dabei der 1904 gegründete Jüdische Frauenbund, dem 430 Vereine mit 50000 Mitgliedern angehörten. Dieser bot den heterogenen Frauengruppen ein gemeinsames Fundament, von dem aus in den Jahren 1933 bis 1938 wesentliche Bereiche der jüdischen Selbsthilfe organisiert wurden. Mit der zunehmenden Entrechtung und Ausgrenzung der Juden erweiterten sich die Aufgaben der Selbsthilfe im Jüdischen Frauenbund ständig. Bis 1938 gehörten dazu beispielsweise die Umschulung beziehungsweise die berufliche Aus- und Fortbildung von Mädchen und Frauen, die an Emigration dachten, die Beratung und Unterstützung in anderen Auswanderungsfragen und die Mitarbeit bei der jüdischen Winterhilfe.

#### 2. Ausbau der Vereinsarbeit seit 1933

Im Vordergrund dieser Neuausrichtung stand für den Jüdischen Frauenbund die verstärkte Wahrnehmung sozialer Aufgaben, wobei er auf langjährige Erfahrungen der ihn tragenden Frauen zum Beispiel in der Jugendarbeit, Gefährdetenfürsorge, Frauenberatung und Mädchenausbildung zurückgreifen konnte. Demgegenüber musste der Frauenbund sein *frauenpolitisches* Engagement und sein Interesse an der internationalen Friedensbewegung unter dem Diktat Hitlers notgedrungen aufgeben. Ein Schwerpunkt seiner

---

<sup>1</sup> BJFJB 1933, Nr. 10, S. 9.

Arbeit wurde stattdessen die Stärkung der jüdischen Identität und der Ausbau des jüdischen Gemeindelebens<sup>2</sup>. So appellierte die Geschäftsführerin Hannah Karminski in einem Leitartikel unter der Überschrift „Helfen!“ an die Mitglieder, sich solidarisch zu zeigen und sich an den Selbsthilfemaßnahmen zu beteiligen: „Voraussetzung für alle Selbsthilfe ist das Bewusstsein der Verbundenheit, ist eine anständige Solidarität“<sup>3</sup>. Der Frauenbund bot dabei den institutionellen Rahmen für ein umfassendes Selbsthilfewerk<sup>4</sup>, das vom Engagement der meist ehrenamtlich arbeitenden Mitglieder gestützt wurde. Weil diese Selbsthilfeaktivitäten gegen die Intentionen des NS-Staats gerichtet waren, die jüdische Bevölkerung auszugrenzen, herabzuwürdigen und auszubeuten, kam ihnen auch politische Bedeutung zu.

Viele der sich im Jüdischen Frauenbund ehrenamtlich engagierenden Frauen hatten bis zum Frühjahr 1933 feste Arbeitsverhältnisse innegehabt, die ihnen nun aufgrund der judenfeindlichen Politik gekündigt wurden. Denn das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 bot die Grundlage zur Entfernung von politisch missliebigen Beamten und jüdischen Beamten und Beamtinnen aus dem Staatsdienst. Nach Paragraph 3 des Gesetzes, dem „Arierparagraphen“, konnten Beamte „nichtarischer“ Herkunft entlassen werden, sofern sie nicht vor dem 1. August 1914 ernannte Beamte, ehemalige Frontkämpfer oder Väter beziehungsweise Söhne ehemaliger Frontkämpfer waren. Diese Voraussetzungen konnten beispielsweise Juristinnen schon deswegen nicht erfüllen, da sie erst seit 1922 zur Abschlussprüfung zugelassen waren. Das Gesetz wurde auch auf andere Berufsgruppen wie Ärzte, Rechtsanwälte, Angestellte und Arbeiter angewendet. Für viele Frauen bedeutete dieses Gesetz das erzwungene Ende ihrer Berufstätigkeit. Die „Gleichschaltung“ aller Vereine und Organisationen als weiterer Schritt zur Konsolidierung der Macht und zur Durchsetzung des nationalsozialistischen Totalitätsanspruchs hatte für die deutschen Juden die verstärkte Ausgrenzung aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens zur Folge. In dieser Situation kam der Jüdische Frauenbund dem Ausschluss aus dem Bund Deutscher Frauenvereine

<sup>2</sup> Vgl. Marion Kaplan, *Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904–1938*, Hamburg 1981, S. 126.

<sup>3</sup> Hannah Karminski, *Helfen!*, in: *BLJFB* 1933, Nr. 5, S. 2.

<sup>4</sup> Vgl. Sylvia Rogge-Gau, *Institutionelle Selbstbehauptung von jüdischen Frauen am Beispiel des Jüdischen Frauenbundes 1933–1938*, in: Christel Wickert (Hrsg.), *Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland*, Berlin 1995, S. 74–79.

(BDF) zuvor, als er am 10. Mai 1933 seinen Austritt erklärte – wenige Tage bevor sich der BDF angesichts der drohenden Gleichschaltung selbst auflöste. Diese erzwungene Loslösung von der deutschen Frauenbewegung und deren Zerschlagung empfand man im Jüdischen Frauenbund als außerordentlich bitter. Unangetastet blieb jedoch das Bekenntnis zur Frauenbewegung: „Heute haben wir als bekennende Jüdinnen die gewaltige Aufgabe, innerhalb des Jüdischen Frauenbundes der Frauenbewegung eine Stätte zu bereiten.“<sup>5</sup>

Zu den Frauen, die erst durch den Verlust ihrer beruflichen Stellung zum Jüdischen Frauenbund stießen, gehörte die 1890 in Hannover geborene Cora Berliner, die 1919 als Beamtin des Reichswirtschaftsministeriums in den Staatsdienst eingetreten war. Bereits 1923 avancierte die begabte Soziologin zur Regierungsrätin und erhielt eine leitende Position im Reichswirtschaftsrat. Ihre Professur für Wirtschaftswissenschaften, die sie seit 1930 am Berufspädagogischen Institut in Berlin innehatte, wurde ihr durch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ 1933 entzogen. Cora Berliner fand danach eine leitende Anstellung in der Reichsvertretung der deutschen Juden und wurde zur zweiten Vorsitzenden des Jüdischen Frauenbunds gewählt.

Damit verfügte der Frauenbund über eine Führungspersönlichkeit, die sich aufgrund ihrer berufsspezifischen Kenntnisse, ihres Eintretens für das Selbstbestimmungsrecht der Frau und nicht zuletzt wegen ihrer vielfältigen Kontakte in besonderer Weise für die Angelegenheiten der Frauen in der jüdischen Gesamtvertretung, das heißt der Reichsvertretung der deutschen Juden, engagieren konnte. Im Frauenbund war sie die treibende Kraft hinter der Ausbildungsförderung von Mädchen. Damit sollten deren Auswanderungschancen erhöht werden. Cora Berliner verfolgte dieses Ziel auch nach dem Verbot des Jüdischen Frauenbunds nach dem Novemberpogrom von 1938 weiter und widmete sich ebenso intensiv wie erfolgreich der Frauenauswanderung. Sie selbst und auch die 1897 in Berlin geborene Hauptgeschäftsführerin des Jüdischen Frauenbunds, Hannah Karminski, harrten in Deutschland aus, um denjenigen beizustehen, die keine Auswanderungschance hatten. Dabei wäre beiden Frauen durch ihre internationalen Kontakte die Emigration möglich gewesen. Die Sozialpädagogin Karminski starb auf dem 24. „Osttransport“ vom 9. Dezember 1942 in das Vernichtungslager Auschwitz. Cora Berliner wurde bereits im Juni

---

<sup>5</sup> Hannah Karminski, Vorstandssitzung des J.F.B., in: BLJFB 1933, Nr. 6, S. 11.

1942 mit nicht mehr bestimmbar Ziel in den „Osten“ deportiert, wo sie ebenfalls ums Leben kam.

Die seit 1934 bis zur erzwungenen Auflösung im Jahr 1938 amtierende erste Vorsitzende des Frauenbunds, Otilie Schönwald, war tief in der deutschen Frauenbewegung verwurzelt. 1883 in Bochum geboren, war sie bereits als junge Frau in der Frauenrechtsschutzstelle ihrer Heimatstadt tätig. Sie wirkte als Mitglied im Reichsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und als Abgeordnete in der Bochumer Stadtvertretung. 1926 gab sie, die auch Vorstandsmitglied des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens war, ihre kommunalpolitische Arbeit auf und engagierte sich im Jüdischen Frauenbund, wobei ihr insbesondere die Steigerung des Frauenanteils in den Gemeindevertretungen am Herzen lag.

Der Jüdische Frauenbund verfügte damit in seiner Leitungsspitze über politisch versierte Frauen, für die politische Partizipation eine Selbstverständlichkeit geworden war. Sie bekleideten öffentliche Ämter und hatten in den demokratischen Parteien der Weimarer Republik den Prozess der politischen Willensbildung von der Pike auf kennen gelernt. Sie waren dadurch befähigt, sich für die spezifischen Probleme der Frauen einzusetzen und der Stimme der Frauen in der Reichsvertretung Gehör zu verschaffen. Dies war umso dringlicher, als die Bemühungen um mehr Mitspracherecht des Frauenbunds in der von Männern dominierten Reichsvertretung ohne jeden Erfolg blieben. Trotz intensiver Bemühungen wurde den Frauen und dem Frauenbund weder Sitz noch Stimme im Präsidialausschuss der Reichsvertretung der Juden in Deutschland zugestanden; politische Gleichberechtigung in diesem Gremium blieb ihnen somit verwehrt. Diese Verweigerung gleicher politischer Teilnahme- und Mitbestimmungsrechte in der Reichsvertretung wurde von den jüdischen Frauen auch deswegen als demütigend empfunden, weil sich der Anteil der Frauen in der jüdischen Bevölkerung in den Jahren von 1933 bis 1938 von 52,3 Prozent auf 57,5 Prozent erhöht hatte<sup>6</sup>.

### 3. Förderung der Auswanderung

Die Arbeit des Jüdischen Frauenbunds erfuhr durch die Auswirkungen der „Nürnberger Gesetze“ vom 15. September 1935 eine

---

<sup>6</sup> Vgl. Rita R. Thalmann, Jüdische Frauen nach dem Pogrom 1938, in: Arnold Paucker/Sylvia Gilchrist/Barbara Suchy (Hrsg.), Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland, Tübingen 1986, S. 295–302, hier S. 298.

erhebliche Erweiterung. Diese Gesetze degradierten die deutschen Juden zu Staatsbürgern zweiter Klasse, denn nach dem Reichsbürgergesetz waren sie nur noch deutsche Staatsangehörige, aber keine mit allen politischen Rechten ausgestatteten Reichsbürger mehr. Der Reichsvertretung der Juden in Deutschland blieb nicht verborgen, dass es insbesondere für die jüdische Jugend damit keine Zukunft in Deutschland mehr gab. Die Förderung der Auswanderung von jüdischen Mädchen und Frauen war ein neues Arbeitsgebiet des Frauenbunds, das den bisherigen Rahmen sozialer Frauenarbeit sprengte. Der Frauenbund engagierte sich mit aller Kraft für die von der Reichsvertretung vernachlässigte Auswanderung von Mädchen und Frauen. Um diese vor der nationalsozialistischen Verfolgung zu bewahren, intensivierte er seit 1935 seine Bemühungen, Mädchen und Frauen in besonders nachgefragten Berufen auszubilden. Das war auch deshalb notwendig, weil Frauen und Mädchen zum Beispiel bei der Zertifikatserteilung für Palästina benachteiligt und die Umschulungen und Ausbildung erheblich geringer bezuschusst wurden als die der Männer. So beklagte die Schriftführerin des Frauenbunds, Hannah Karminski, es sei leider kein Einzelfall, dass in einem Provinzialverband für jüdische Wohlfahrtspflege 1937 Ausbildungszuschüsse für 72 Jungen, aber nur für zehn Mädchen bewilligt worden seien<sup>7</sup>. Der Frauenbund bemühte sich, diese Lücke in der Mädchenausbildung zu schließen und richtete in begehrten Ausbildungsbereichen, zu denen zum Beispiel die Säuglingspflege, höhere Lehrberufe oder das Schneiderhandwerk zählten, zusätzliche Ausbildungsplätze ein.

Anfang 1936 erreichte der Frauenbund seine Aufnahme in das Kuratorium des Hilfsvereins der Juden in Deutschland, der hauptsächlich die Auswanderung in das außereuropäische Ausland organisierte, und erhielt dadurch wirksame Einflussmöglichkeiten auf die Frauenauswanderung. Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen des Frauenbunds berieten in wöchentlichen Sprechstunden, die in den Büros des Hilfsvereins in Berlin, Breslau, Stettin, Leipzig, Königsberg und Frankfurt am Main abgehalten wurden, jeweils etwa 50 bis 60 Frauen in Auswanderungsfragen. Das soziale Netz des Frauenbunds wurde dabei bis in die Emigrationsländer ausgebaut, indem Vertrauensfrauen im jeweiligen Emigrationsland brieflich regelmäßig über ihre Erfahrungen in der Fremde berichteten und neu ankommenden Frauen den Start erleichterten.

---

<sup>7</sup> Vgl. BLJFB 1938, Nr. 2, S. 3.

#### 4. Frauen in der jüdischen Winterhilfe

Nachdem im Winter 1935 die jüdische Bevölkerung vom „Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“ ausgeschlossen wurde, organisierte die Zentralwohlfahrtsstelle der Reichsvertretung der Juden in Deutschland mit den ihr angeschlossenen Stellen im Oktober 1935 ein eigenes Winterhilfswerk. Dafür wurde der Jüdische Frauenbund dringend gebraucht, da es die Frauen waren, die unentgeltlich die beschwerliche Arbeit der Sammlungen auf sich nahmen; dazu zählte zum Beispiel die „Pfundspende“, eine Lebensmittelspende, die durch Geld abgegolten werden konnte. Mitglieder aller Altersstufen engagierten sich in der jüdischen Winterhilfe aus Solidarität mit ihrer in Not gebrachten Gemeinschaft:

„Zu dem weder leichten noch angenehmen Sammeln haben sich [...] Frauen in freudiger Bereitschaft scharenweise gemeldet. Viele, die im Beruf stehen, stellen ihre freien Stunden zur Verfügung, laufen treppauf, treppab, oft vergebens, dann noch einmal, gleichviel ob die erwartete Spende groß oder gering ist, ungeachtet des nicht immer freundlichen Empfangs.“<sup>8</sup>

Der Jüdische Frauenbund betrachtete es darüber hinaus als seine Aufgabe, auch denjenigen zu helfen, für die eine Auswanderung nicht in Frage kam. Er kümmerte sich ferner um die seelischen und materiellen Nöte der Menschen, die schwer an ihrer unverschuldeten Armut trugen: „Was aus diesen Menschen wird“, bemerkte Cora Berliner auf der Arbeitstagung des Jüdischen Frauenbunds im November 1935, „von uns hängt es ab!“<sup>9</sup>

Dieses hohe Maß an Verantwortungsbewusstsein gegenüber den in Not und Bedrängnis geratenen Juden und Jüdinnen zeichnete auch Else Meyring aus, die 1883 in Stettin geboren wurde und dort führend in Selbsthilfeorganisationen tätig war. Im Alter von nur 28 Jahren wurde sie in den Vorstand des Stettiner Frauenvereins gewählt, da sie sich in der Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins im Bereich des Rechtsschutzes, bei Fragen der Kinderbetreuung und des Jugendschutzes außerordentlich bewährt hatte. Wie viele Frauen ihrer Generation betätigte sie sich im Ersten Weltkrieg im Nationalen Frauendienst, wobei ihr bald die Leitung der Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen übertragen wurde. Nach dem Krieg wurde sie zur ehrenamtlichen Hilfsdezernentin

---

<sup>8</sup> Martha Ollendorf, Jüdische Winterhilfe – Pfundsammlung der Frauen, in: BLJFB 1936, Nr. 1, S. 6.

<sup>9</sup> Hannah Karminski, Eine Arbeitstagung. Gesamtvorstandssitzung des Jüdischen Frauenbundes, in: BLJFB 1935, Nr. 12, S. 2.

für Frauen und Kinderfragen beim Wohlfahrtsamt bestellt. Von 1919 bis 1929 arbeitete Else Meyring in Stettin für die DDP als Stadträtin; sie war in der Weimarer Zeit die einzige politische Vertreterin ihrer Heimatstadt. In dieser Zeit begann sie sich auch von den traditionell weiblichen Arbeitsgebieten ihres Berufs zu lösen. Schlüsselerlebnis war dabei offenbar ein Gespräch mit dem damaligen preußischen Finanzminister, das sie in ihren Lebenserinnerungen schildert. Dieser befragte sie nach ihren Arbeitsgebieten, und sie antwortete:

„Natürlich Wohlfahrts- und Jugendfragen! ‚Warum natürlich?‘ fragte er, ‚Ich könnte mir denken, dass eine Frau auch noch für andere Gebiete Verständnis hat‘. Das saß wie ein Hieb und in der zweiten Wahlperiode ließ ich mich in alle Schulkommissionen, in alles was Gesundheits- und Kulturfragen betraf, in die Wohnungsbaudeputation u.a.m. delegieren.“<sup>10</sup>

Als sie nach den Bestimmungen des Berufsbeamtengesetzes ihre Anstellung in den städtischen Fürsorgeeinrichtungen verlor, zögerte sie nicht, ihre Kenntnisse in jüdische Selbsthilfeorganisationen einzubringen. Sie organisierte bis 1936 die Jüdische Winterhilfe in Stettin, dessen Jüdische Gemeinde sich von ursprünglich 2000 Mitgliedern durch die Auswanderung ständig verkleinerte. Sie kümmerte sich um Auswanderungsmöglichkeiten und avancierte 1936 zur Leiterin der Auswanderungsberatungsstelle der Reichsvertretung der Juden in Deutschland. Dieses Amt hatte sie inne, bis sie selbst am 12. Februar 1940 nach Lublin verschleppt wurde.

Else Meyring ist wie Ottilie Schönwald ein Beispiel für jüdische Frauen, die in der Weimarer Republik dank ihrer Ausbildung und ihres Könnens herausgehobene Positionen erreichten und politischen Einfluss erlangten. Beides wurde ihnen durch die antijüdische Politik des NS-Staats entzogen. Jedoch sicherten sie sich neue Partizipationsmöglichkeiten, indem sie sich entschlossen, ihre ganze Kraft und Energie nunmehr auf die Arbeit in den jüdischen Selbsthilfeorganisationen zu konzentrieren.

## **5. Das Ende des Frauenbunds und individuelle Rettungsmaßnahmen**

Nach dem Pogrom vom 9./10. November 1938 wurde die Zwangsauflösung des Jüdischen Frauenbunds wie auch aller anderen jüdischen Organisationen verfügt, das Vermögen des Frauenbunds und seine Einrichtungen fielen der im Juli 1939 gegründete Reichsver-

---

<sup>10</sup> LBI Berlin, M.82.E. Erinnerungen von Elsa Meyring, S. 11.

einigung der Juden in Deutschland zu. Ehemalige verantwortliche Mitarbeiterinnen des Jüdischen Frauenbunds wie Cora Berliner und Hannah Karminski versuchten, ihre Arbeit in den Abteilungen der Reichsvereinigung fortzusetzen. Ihr Handlungs- und Gestaltungsspielraum war hier jedoch minimal, da alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Reichsvereinigung unter der Aufsicht der Gestapo standen. Eine der neuen Hauptaufgaben wurde es dabei, Unterstützung bei der nach dem Pogrom einsetzenden Massenflucht der Juden aus Deutschland zu leisten.

Der Herbst des Jahres 1938 bildete auch insofern eine Zäsur, als jüdische Frauen bei der Verschleppung und Ausweisung der polnisch stämmigen Juden vom 28. Oktober 1938 und auch während des Novemberpogroms erstmals direkte, gegen sie als Frauen gerichtete körperliche Gewalt erlebten<sup>11</sup>. Der Jüdische Frauenbund organisierte spontan Betreuung und Verpflegung der Betroffenen. Auch nach der Zwangsauflösung der jüdischen Vereine und Institutionen engagierten sich einzelne Frauen aktiv in der Selbsthilfe und suchten sich gleichgesinnte Mitstreiterinnen.

Von welcher existenziellen Bedeutung dieses Engagement auch einzelner Frauen war, zeigte sich am 13. September 1939, als allein in Berlin 534 Juden polnischer Staatsangehörigkeit in das KZ Sachsenhausen verschleppt wurden. Die verzweifelten Angehörigen, die sich hilfeschend an die Reichsvereinigung und die Jüdische Gemeinde wandten, erfuhren dort keinerlei Unterstützung. Zu diesen Verhafteten gehörte der 1882 in Polen geborene Leon Szalet<sup>12</sup>, der seit 1921 in Berlin als Immobilienmakler lebte. Seine 1914 geborene Tochter Gitla-Matla Szalet<sup>13</sup>, die in Berlin aufgewachsen war und studiert hatte, versuchte vergebens, Hilfe von den genannten Institutionen zu erhalten. Daraufhin entwickelte sie mit zwei weiteren betroffenen Frauen eine bemerkenswerte Selbsthilfestrategie, indem sie gezielt nach einflussreichen Journalisten suchte, die sie dazu brachte, im Reichpropagandaministerium nach den Verschleppten zu fragen. Dies wurde umso dringlicher, da täglich Todesmeldungen aus Sachsenhausen bei den Familien eintrafen. Szalet gelang es, den Journalisten Louis Lochner von der „Associated Press“ von ihrem Anliegen zu überzeugen. Dieser informierte die internationale Presse von der Verschleppung der Juden polnischer Staatsangehörigkeit. Letztendlich gelang es Szalet damit,

<sup>11</sup> Vgl. Thalmann, *Jüdische Frauen*, S. 296f.

<sup>12</sup> Vgl. Leon Szalet, *Baracke 38. 237 Tage in den „Judenblocks“ des KZ Sachsenhausen*, bearb. von Winfried Meyer, Bd. 3, Berlin 2006.

<sup>13</sup> LBI New York, AR 10587, I. B. 1, F. 1, *Erinnerungen von Gitla Szalet*.



ganz erheblich Druck aufzubauen. Denn nachdem Lochner über die Vorgänge berichtet und bei der nächsten Pressekonferenz im Propagandaministerium nach den Verschleppten gefragt hatte, verbesserte sich die Situation der Inhaftierten; auch wurden einige Männer entlassen.

Gitla-Matla Szalet sprach auch beim Schwedischen Gesandten in Berlin vor, der die Vertretung der polnischen Interessen übernommen hatte, in dieser Sache zunächst allerdings nicht zur Hilfe bereit war. Erst als sie ihm zusammen mit zwei anderen Frauen ihre Sicht der Dinge hatte vortragen können, stellte er in Aussicht, sich bei den polnischen Behörden für ihr Anliegen einzusetzen. Vergeblich, weil Warschau bald danach fiel und der polnische Staat aufhörte zu existieren. Ein vorläufiger Erfolg war allerdings, dass die Frauen brieflich mit den Inhaftierten in Kontakt treten konnten. Ferner erfuhren sie von der Möglichkeit, durch Vorlage von Ausreisepapieren die Entlassung zu beschleunigen. Es gelang Szalet daraufhin tatsächlich, für ihren Vater und auch für sich die Auswanderung nach Shanghai zu organisieren. Am 7. Mai 1940 wurde Leon Szalet aus dem KZ Sachsenhausen entlassen, kurz darauf konnte er mit seiner Tochter in Genua das letzte nach Ostasien ablegende Schiff besteigen. Im Gegensatz zur institutionalisierten Form der politischen Partizipation der Mitglieder des Jüdischen Frauenbunds agierten Szalet und ihre Mitstreiterinnen ohne institutionelle Unterstützung und allein aufgrund eigener Initiative. Ihre Form der Partizipation war in dieser sich verschärfenden Situation der Entrechtung und Verfolgung vermutlich die einzig Erfolg versprechende Handlungsweise.

Unterstützung fanden die Frauen auch bei Recha Freier<sup>14</sup>, der Gründerin des Vereins Jüdische Jugendhilfe, die Tausenden von jüdischen Jugendlichen die Auswanderung nach Palästina ermöglichte. Sie organisierte eine Registrierung aller betroffenen Familien, um ein klares Bild von der Situation zu erhalten. Denn durch die Inhaftierung der Männer, die in der Regel die Ernährer der Familien waren, befanden sich diese zum Teil in erheblicher existenzieller Not. Recha Freier erreichte bei der Jüdischen Gemeinde eine Unterstützung dieser Familien. Obwohl die Gestapo von dieser Hilfsaktion erfahren und diese umgehend untersagt hatte, wurde die Initiative Recha Freiers dennoch fortgeführt: Die betroffenen Familien erhielten fortan von besser gestellten Personen Unterstützung.

---

<sup>14</sup> Recha Freier (geb. Schweizer), geboren 1892 in Norden (Ostfriesland), verstorben 1984 in Jerusalem.

## 6. Zusammenfassung

Der Jüdische Frauenbund wählte als Gesamtorganisation der im Deutschen Reich lebenden Jüdinnen Frauen wie die früheren Stadträtinnen Ottilie Schönwald und Else Meyring in Führungspositionen, die sich in der Weimarer Republik politisch engagiert hatten und Erfahrungen aus der politischen Arbeit in den Frauenbund einbrachten. Diese aktiven jüdischen Frauen erkannten für sich selbst und die jüdische Gemeinschaft die Notwendigkeit, sich neue Partizipationsmöglichkeiten zu erkämpfen. Obwohl sie nur eingeschränkt Einfluss auf die Entscheidungen der männlich dominierten Reichsvertretung (respektive Reichsvereinigung) hatten, erweiterten die Frauen seit 1933 kontinuierlich ihre Arbeitsgebiete, die weit über die ursprünglichen Funktionen des Frauenbunds hinausgingen.

Nach der erzwungenen Auflösung des Jüdischen Frauenbunds 1938 und dem stärker werdenden Verfolgungsdruck änderten sich die Bedingungen und Möglichkeiten der Hilfe. Die Situation der jüdischen Frauen hatte sich nach der Zerschlagung der jüdischen Vereine und Organisationen im Herbst 1938 dramatisch verändert. Einzelne Frauen wie Gitla-Matla Szalet, die keine Hilfe von übergeordneten Institutionen erwarten konnten, da es nur noch die von der Gestapo kontrollierte jüdische Reichsvereinigung gab, organisierten ihre eigene Selbsthilfegruppe, die gezielt politischen Druck ausübte und damit sehr erfolgreich war.

Die Frauen des Jüdischen Frauenbunds, die sich in das Ausland retten konnten, nahmen unverzüglich nach ihrer Ankunft im Emigrationsland ihre Arbeit auf. So engagierte sich Elsa Meyring, die 1940 nach Schweden flüchten konnte, als Vorstandsmitglied und Fürsorgerin bei der Emigranten-Selbsthilfe in Stockholm. Ottilie Schönwald arbeitete in London im Vorstand der Association of Jewish Refugees<sup>15</sup>. Für diese jüdischen Frauen war und blieb politische Partizipation ein selbstverständlicher Bestandteil ihres Lebens.

---

<sup>15</sup> Vgl. Gudrun Maierhof, *Selbstbehauptung im Chaos. Frauen in der jüdischen Selbsthilfe 1933–1943*, Frankfurt a.M. 2002, S. 90.